

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 22

Artikel: Koexistenz 1970 1. Sinn und Grenzen sowjetischer Koexistenzpolitik
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095595>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Koexistenz 1970

1

Sinn und Grenzen sowjetischer Koexistenzpolitik

Von Peter Sager, Bern

Von der Koexistenz als Politik wurde erhofft, dass sie als eine Brücke Ost mit West verbindet. Im Geiste des Tauwetters betätigten sich Friedensapostel als Brückenbauer, und die Brückenbauer wählten sich als Friedensapostel. Wer aber Brücken schlagen will, muss Weite und Tiefe der Kluff messen, soll nicht schon das Gerüst zusammenbrechen. Und wer Brücken begehen will, muss prüfen, ob sie wohl gebaut sind und nicht schon unter der kleinsten Belastung nachgeben. In diesem Sinne soll ein kurzer historischer Rückblick auf die Entwicklung des Nebeneinanderlebens von «Kommunismus» und «Kapitalismus» seit Bestehen der Sowjetunion eine Antwort auf Sinn und Grenzen sowjetischer Koexistenzpolitik geben.

Der Marxismus hat keine Theorie der Kriege aufgestellt und sich über deren Notwendigkeit oder Ueberflüssigkeit nur indirekt ausgesprochen. Im Anti-Dühring bezog Engels zum Problem Stellung. Er nahm den zunehmenden Militarismus der europäischen Staaten mit Befriedigung zur Kenntnis und erwartete davon einerseits die Beschleunigung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Staaten als Folge zu hoher Rüstungsausgaben, andererseits die Befähigung des im Waffengebrauch geübten Volkes, gegenüber dem militaristischen Staat seinen eigenen Willen durchzusetzen. Für Marx war die Frage der Kriege zweitrangig gewesen. Er rechnete mit der proletarischen Revolution als letzter grosser kriegsähnlicher Handlung, gegen die es keinen erfolgreichen Widerstand geben konnte. Auf Grund seiner Theorie konnte und musste ja die

Revolution nur in den industriell fortgeschrittenen und damit wirtschaftlich stärksten Ländern heranreifen. War sie einmal in diesen Ländern durchgeführt, konnte der Widerstand beispielsweise seitens eines primitiven afrikanischen Stammes oder eines feudalen asiatischen Fürstentums nur noch die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung dokumentieren, aber jedenfalls keine kriegerischen Formen mehr annehmen.

Weltrevolution statt Koexistenz

Zu der Frage der vorrevolutionären Kriege nahm Lenin eindeutiger Stellung, und zwar in seiner Theorie des Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Danach ist die notwendige periodische Neuverteilung der internationalen Märkte nur mittels Krieg durchführbar. Das Pro-

blem der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen «Kommunismus» und «Kapitalismus» stellte sich vorerst auch Lenin nicht. Er war anfänglich mit Marx der Ueberzeugung, dass die Revolution nur in den fortgeschrittenen und mächtigen Ländern siegreich sein könne. Die fortgeschrittenen sozialistischen Länder hätten dann begreiflicherweise die wenigen rückständigen nichtsozialistischen Länder in keiner Weise zu fürchten.

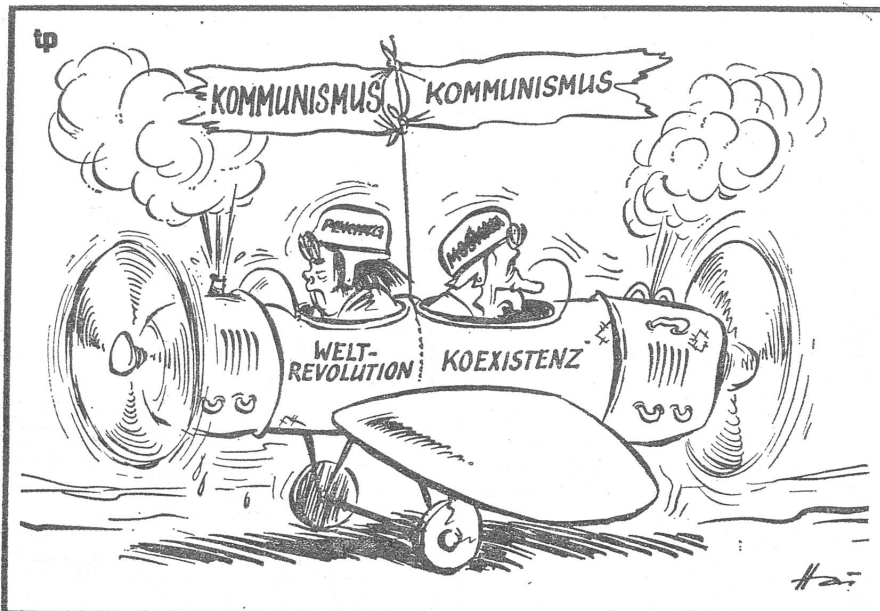
Lenin, als Taktiker elastisch zu jedem vorteilhaften Kompromiss bereit und als Strategie starr auf das Endziel ausgerichtet, liess die auf Grund der Theorie unvorgesehene Gelegenheit der Machtübernahme in Russland nicht ungenützt vorübergehen. Er rechtfertigte seine Haltung damit, dass im Zeitalter des Imperialismus, mit der weitgehenden Verflechtung der Weltwirtschaft, nicht mehr die wirtschaftliche Lage eines einzelnen Landes von Belang sei. Sofern die Weltwirtschaft als Ganzes für die Revolution reif sei, könne der Umsturz auch in einem verhältnismässig rückständigen Lande als dem schwächsten Glied der kapitalistischen Kette begonnen werden. Um den Erfolg der Revolution sicherzustellen, musste natürlich das Proletariat auch in den wichtigsten Industrieländern die Macht übernehmen. In seiner «Rede über Krieg und Frieden» vom 7. März 1918 führte Lenin aus:

«Hier haben wir die grösste Schwierigkeit der russischen Revolution, ihr grösstes historisches Problem: die Notwendigkeit, die internationalen Aufgaben zu lösen, die Notwendigkeit, die internationale Revolution auszulösen, den Uebergang zu vollziehen von unserer Revolution aus einer eng nationalen zur Weltrevolution.»

Im Lichte der Theorie und in den Augen der sowjetrussischen Führer war das Kommen der Revolution eine Existenzfrage für die junge Sowjetmacht. «Es kann», so führte Lenin in der gleichen Rede aus:

«auch nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, dass der Endsieg unserer Revolution eine hoffnungslose Sache wäre, wenn sie allein bliebe, wenn es in den andern Ländern keine revolutionäre Bewegung gäbe. Wenn wir, die bolschewistische Partei, allein das ganze Werk in unsere Hände genommen haben, so haben wir das in der Ueberzeugung getan, dass die Revolution in allen Ländern heranreift, dass die internationale sozialistische Revolution letzten Endes — und nicht gleich zu Anbeginn — ausbrechen wird, trotz aller Schwierigkeiten, die wir durchzumachen haben werden, trotz allen Niederlagen, die uns beschieden sein werden, — denn die internationale sozialistische Revolution marschiert; denn sie reift und sie wird völlig ausreifen. Unsere Rettung aus all diesen Schwierigkeiten — das wiederhole ich nochmals — ist die Revolution in ganz Europa.»

Die Haltung der sowjetrussischen Führerschaft gründete auf der Ueberzeugung, dass einerseits die russische Revolution allein nicht erfolgreich bleiben könne, und andererseits die Weltrevolution doch noch kommen werde. Damit stellte sich die Frage einer Koexistenz zwischen «Kapitalismus» und «Kommunismus» überhaupt



Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust.

nicht. Die beiden Systeme waren in bolschewistischer Sicht gegenseitig ausschliessend. Mit der erfolgreichen Weltrevolution war das Schicksal des «Kapitalismus» endgültig besiegelt; und konnte die Weltrevolution — noch einmal — verhindert werden, so musste dies das Ende des Bolschewismus bedeuten.

Koexistenz statt sofortige Weltrevolution

Die Wirklichkeit nahm einen andern Verlauf. Die Intervention der Alliierten in Räterussland als Folge des bolschewistischen Separatfriedens mit Deutschland blieb ergebnislos, und die revolutionären Spannungen in Westeuropa vermochten sich keinen Durchbruch zu verschaffen. Damit existierte ein Land mit der kommunistischen Partei an der Macht, umgeben von den sogenannten kapitalistischen Ländern. Nun erst stellte sich die Frage der Koexistenz, denn die Sowjetunion war zu wichtig, um ignoriert zu werden, und zu schwach, um die restliche Welt schon zu beherrschen.

Die unerwartete Lage verlangte unvorhergesehene Massnahmen. Zunächst wurde noch angenommen, dass das Nebeneinanderbestehen der beiden antagonistischen Systeme — bedingt durch die Uneinigkeit unter den «kapitalistischen» Staaten — von sehr kurzer Dauer sein werde, wodurch der Räterepublik eine Atempause zur Organisation des Staates gewährt sei. So schrieb Lenin schon im April 1918:

«Bei dieser Lage der Dinge ist ausschliesslich die Zwietracht zwischen den imperialistischen Mächten für uns eine reale, und keine papierne Friedensgarantie... Es ist begreiflich, dass unsere sozialistische Sowjetrepublik unter einem so unsicheren Schutz sich in einer ausserordentlich unbeständigen, zweifellos kritischen internationalen Lage befindet. Wir müssen alle unsere Kräfte aufs äusserste anspannen, um die uns durch das Zusammentreffen der Umstände gewährte Atempause zur Heilung der schwersten Wunden auszunutzen, die der Krieg dem ganzen gesellschaftlichen Organismus geschlagen hat, und zur wirtschaftlichen Hebung des Landes, ohne die von einer einigermassen ernsthaften Steigerung der Wehrfähigkeit keine Rede sein kann. Es ist auch begreiflich, dass wir der sozialistischen Revolution im Westen, die sich infolge einer Reihe von Ursachen verspätet hat, eine ernsthafte Unterstützung nur in dem Masse erweisen werden, in

dem wir die organisatorische Aufgabe lösen, vor der wir stehen.»

Mehr und mehr wurde die Führung selbstsicher und begann, die Aufgabe der Organisation der Weltrevolution in Angriff zu nehmen. Vorbedingung war der machtmässige Ausbau des Sowjetstaates. Im Jahre 1919 wurde die dritte, die Kommunistische Internationale, als Instrument zur Durchführung der Weltrevolution gegründet. In § 14 der Aufnahmebedingungen wurde von jeder beitretenden Partei unbedingte Unterstützung der Räterepublik gefordert:

«Die kommunistischen Parteien müssen durch eine genaue und klare Propaganda die Arbeiter veranlassen, den Transport irgendwelchen militärischen Materials, das dem Kampf gegen die Räterepublik dient, zu verweigern und auf legale und illegale Weise Propaganda unter den gegen die Arbeiterrepubliken entsandten Truppen zu betreiben.»

Langsam wurde nun Sowjetrussland von einem bescheidenen Wegbereiter, von einem Land, das nach der proletarischen Revolution «nicht mehr ein vorbildliches, sondern wieder ein (im ‚sowjetischen‘ und im sozialistischen Sinne) rückständiges Land werden» (Lenin XXXI, 5) sollte, zum Vaterland des Weltproletariates, das noch an die Fesseln des Kapitalismus gekettet war. In den Thesen des II. Kongresses der Komintern (Juli/August 1920) steht zu lesen:

«Als Land der Diktatur des Proletariates und des sozialistischen Aufbaus, der grossen Errungenschaften der Arbeiterklasse, des Bündnisses der Arbeiter und Bauern, und einer neuen Kultur unter dem Banner des Marxismus — wird die Sowjetunion unfehlbar zur Basis der Weltbewegung aller geknechteten Klassen, zum Zentrum der internationalen Revolution, zum grössten Faktor der Weltgeschichte. Mit der Sowjetunion hat das Weltproletariat zum erstenmal ein Land bekommen, das sein eigenes ist, und für die kolonialen Bewegungen wird die Sowjetunion zum gewaltigen Anziehungspunkt.»

Die Existenz der Sowjetunion inmitten der antagonistischen, «kapitalistischen» Umwelt, war nach bolschewistischer Auffassung einzig der momentanen Schwäche des «Kapitalismus» zu verdanken, der die Sowjetunion nicht zu besiegen vermochte. Andererseits verdankte der «Kapitalismus» seine Existenz dem Misslingen der Weltrevolution und der verhältnismässigen Schwäche der Sowjetunion als Basis dieser Weltrevolution. Als Folge davon entstand ein gewisses Gleichgewicht zwischen «Kommunismus» und «Kapitalismus», das als Ursache des Koexistenzproblems zu werten ist. In seinen Thesen zur Taktik der Kommunistischen Partei Russlands führte Lenin am 13. Juni 1921 aus:

«Für die aussenpolitische Lage der RSFSR ist im gegenwärtigen Augenblick ein gewisses Gleichgewicht kennzeichnend, das zwar ausserordentlich labil ist, aber dennoch eine eigenartige Konjunktur der Weltpolitik geschaffen hat... und das der Sozialistischen Republik, natürlich nicht für lange Zeit, die Möglichkeit gibt, in der kapitalistischen Umkreisung zu bestehen.»

Der neue Fahrplan der Weltrevolution

Diese veränderte Lage bedingte eine Anpassung des Fahrplanes der Weltrevolution und sollte die Politik der Sowjetunion bis zum heutigen Tage bestimmen. Die Forderung nach der Weltrevolu-

tion ist geblieben. Doch die Prämissen mussten ausgewechselt werden und lauteten nun: 1. Die Weltrevolution bedarf einer starken Basis. 2. Um als Basis zu dienen, muss die Räterepublik die absolute Vormachtstellung besitzen. Als Folgerung ergab sich die Notwendigkeit des sofortigen wirtschaftlichen Aufbaus. Das Land befand sich am Rande des Ruins: 3½ Jahre Weltkrieg, 2½ Jahre Bürgerkrieg, 2 Jahre Blockade und eine grosse Hungersnot bewirkten, dass die Industrie nicht mehr arbeitete, die Bauernschaft streikte und der Aussenhandel lahmgelegt war. Zum wirtschaftlichen Aufbau war die Hilfe, oder mindestens die Mitarbeit des Auslandes nötig.

Dank einer ausserordentlichen Aktivität der Sowjetdiplomatie konnte eine Reihe internationaler Verträge abgeschlossen werden; als wichtigste sind das Handelsabkommen mit Grossbritannien sowie der Vertrag von Rapallo zu nennen. Lenin war ja auch bereit gewesen, mit den Grossmächten in Genua an den Tisch zu sitzen, um die Handelsbeziehungen auszubauen. Dazu führte er aus (Lenin XXXII, 236):

«Es ist begreiflich, dass wir nicht als Kommunisten nach Genua gehen. Wir müssen Handel treiben, und sie müssen Handel treiben. Wir gehen nach Genua mit dem praktischen Ziel, den Handel auszuweiden und Bedingungen zu schaffen, unter denen er sich am grosszügigsten und erfolgreichsten entwickeln könnte.»

Aus Notwendigkeit bequeme sich die Sowjetunion zu Konzessionen. Gemäss dem Handelsvertrag mit Grossbritannien hatte sie sich bereits verpflichtet, von jeglicher Propaganda gegen das britische Imperium abzusehen. In der Präambel zu diesem Vertrag wurde übrigens das Wort «Koexistenz» zum erstenmal verwendet. Damit schlossen «Kommunismus» und «Kapitalismus» einen ersten Waffenstillstand, und die Sowjets akzeptierten vorläufig den Status quo. Für diese Lage schrieb Lenin die folgende Taktik vor (Lenin, XXXIII, 457 f):

«Wir müssen die grösste Vorsicht walten lassen, um unsere Arbeitermacht zu behaupten, um unsere Klein- und Zwerghauernschaft unter der Autorität und Führung der Arbeitermacht zu behalten. Wir haben auf unserer Seite das Plus, dass die ganze Welt jetzt bereits in eine Bewegung eintritt, die die sozialistische Weltrevolution zur Folge haben muss. Aber wir haben auf unserer

(Fortsetzung auf Seite 12)

Lenin über Revolution

Die Konzessionen bedeuten nicht den Frieden mit dem Kapitalismus, sondern den Krieg auf einem neuen Gebiet. An die Stelle des Krieges mit Waffen, mit Tanks, tritt der wirtschaftliche Krieg. (1920)

Man muss die grösste Hingabe an die Ideen des Kommunismus mit der Fähigkeit vereinigen, alle notwendigen praktischen Kompromisse einzugehen, zu lavieren, zu praktizieren, im Zickzack vorzugehen, Rückzüge und dergleichen anzutreten. (1920)

Erst wenn wir die Bourgeoisie der ganzen Welt, und nicht nur in einem Land niedergeworfen, vollständig besiegt und expropriert haben, werden die Kriege unmöglich werden. (1920)

Chruschtschew über Koexistenz

Die Koexistenz ist ein Kampf zwischen zwei gegensätzlichen Weltanschauungen, der mit allen politischen, ökonomischen und sozialen Mitteln, mit Ausnahme der militärischen Mittel, ausgetragen wird. (1958)

Der Leninsche Grundsatz von der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenartiger sozialer Struktur war und bleibt die Generallinie in der Aussenpolitik unseres Landes. (1956)

Für wirkliche Kommunisten bedeutet die Neutralität unter den Bedingungen eines scharfen Klassenkampfes eine Schwächung der Kräfte der revolutionären Bewegung und des Sozialismus, eine Hilfe für die Feinde der Arbeiterklasse. (1958)

Seite das Minus, dass es den Imperialisten gelungen ist, die ganze Welt in zwei Lager zu spalten... Können wir uns vor dem kommenden Zusammenstoss mit diesen imperialistischen Staaten retten? Besteht für uns die Hoffnung, dass die inneren Widersprüche und Konflikte zwischen den erfolgreichen imperialistischen Staaten des Westens und den erfolgreichen imperialistischen Staaten des Ostens uns ein zweites Mal eine Atempause gewähren werden...? Der Ausgang des Kampfes hängt in letzter Instanz davon ab, dass Russland, Indien, China usw. die gigantische Mehrheit der Bevölkerung der Erde stellen. Gerade diese Mehrheit der Bevölkerung wird denn auch in den letzten Jahren mit ungewöhnlicher Schnelligkeit in den Kampf um ihre Befreiung hineingerissen, so dass es in diesem Sinne nicht die Spur eines Zweifels geben kann, wie die endgültige Entscheidung des Weltkampfes ausfallen wird. In diesem Sinne ist der endgültige Sieg des Sozialismus vollständig und unbedingt gesichert.»

Sich der wirtschaftlichen Notwendigkeit beugend, hatte die Sowjetunion seit 1921 die Handelsbeziehungen mit der «kapitalistischen» Umwelt gewaltig intensiviert, und der Aussenhandel war enorm gestiegen. Der Wiederaufbau machte, auch dank der Neuen Oekonomischen Politik, verblüffende Fortschritte. Die Koexistenz trug ihre ersten Früchte.

Sozialismus in einem Lande

Die empirische Anpassung der Theorie nahm Stalin in seiner Auseinandersetzung mit Trotzki vor. Gegen dessen Lehre von der «permanenten Revolution» führte Stalin die Lehre vom «Sozialismus in einem Lande» ins Feld. Danach (Stalin, VI, 370)

«ist der Sieg des Sozialismus in einem Land, selbst wenn dieses Land kapitalistisch weniger entwickelt ist, bei Fortbestehen des Kapitalismus in den andern Ländern, selbst wenn diese Länder

kapitalistisch entwickelt sind, durchaus möglich und wahrscheinlich.»

Indem der «Sozialismus in einem Lande» — der Sowjetunion — verwirklicht wird, festigt sich die Basis der Weltrevolution. So führte Stalin 1926 vor dem Exekutivkomitee der Komintern aus (Stalin IX, 28):

«Den Sozialismus in der UdSSR aufbauen heisst deshalb, die gemeinsame Sache der Proletarier aller Länder verfechten, heisst, den Sieg über das Kapital nicht nur in der UdSSR, sondern auch in allen kapitalistischen Ländern schmieden, denn die Revolution in der UdSSR ist ein Teil der Weltrevolution, ist ihr Anfang und die Basis für ihre Entfaltung.»

Die Theorie des «Sozialismus in einem Lande» setzt dieses eine «sozialistische» Land und eine noch nicht sozialistische, «kapitalistische» Umwelt voraus. Daraus folgt die Theorie der zwei Lager, des «kommunistischen» und des «kapitalistischen» oder «imperialistischen» Lagers, die sich nach bolschewistischem Dogma notwendigerweise antagonistisch verhalten. Denn das «kapitalistische System» ist gemäss herrschender Lehre geschichtlich überholt und zum Untergang verurteilt, und das «kommunistische System» ist zur Nachfolge bestimmt, «wobei der Kampf zwischen diesen beiden Systemen die Geschichte der Entfaltung der Weltrevolution ausfüllen wird» (Stalin, VI, 400).

Bevor diese Auseinandersetzung aus historisch-dialektischer Notwendigkeit erfolgt und der «Kommunismus» überall das Erbe des «Kapitalismus» antreten kann, muss die Vormachtstellung der Sowjetunion gesichert sein, wodurch erst das hemmende und hindernde Gleichgewicht überwunden wird. Solange aber dieses «zeitweilige Gleichgewicht der Kräfte» andauert, besteht «eine Phase des ‚friedlichen Zusammenlebens‘ des Sowjetstaates und der kapitalistischen Staaten...» (Stalin, VII, 286).

Die Periode des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, während der die Sowjetunion die Hilfe und Mit-

arbeit des Auslandes benötigte, kam gegen Ende des ersten Fünfjahrplanes zum Abschluss. Der Fünfjahrplan war nicht so sehr ein Instrument des wirtschaftlichen Wiederaufbaus als des intervenierenden, strukturverändernden Aufbaus gewesen. So schrieb der damalige Aussenhandelsminister Grinko im Jahre 1930:

«Die Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung ist in industrieller Beziehung und hinsichtlich der Rohstoffbelieferung auf die allseitige Befreiung der Sowjetunion aus der Abhängigkeit von den kapitalistischen Ländern gerichtet. Das Programm der Industrialisierung des Landes, das das Rückgrat des Fünfjahrplanes bildet, hat diese Aufgabe zu lösen.»

Das bestätigte auch Stalin in seiner Rede über «Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplanes» vom 7. Januar 1933:

«Die grundlegende Aufgabe des Fünfjahrplanes bestand darin, die UdSSR aus einem Agrarland, einem machilosen, von den Launen der kapitalistischen Länder abhängigen Lande in ein Industrieland, in ein mächtiges, völlig selbständiges, von den Launen des internationalen Kapitalismus unabhängiges Land zu verwandeln.»

Im gleichen Masse wie die Fünfjahrpläne die zunehmende wirtschaftliche Unabhängigkeit der Sowjetunion zu sichern vermochten, nahm der Aussenhandel seit 1932 ständig ab, nachdem er seit 1921 dauernd zugenommen hatte. Damit rückte ein Hauptgrund für die Zusammenarbeit mit der «kapitalistischen» Umwelt in den Hintergrund, und die erste Periode der Koexistenz fand ihren Abschluss. Es war die Periode der Koexistenz aus wirtschaftlicher Notwendigkeit.

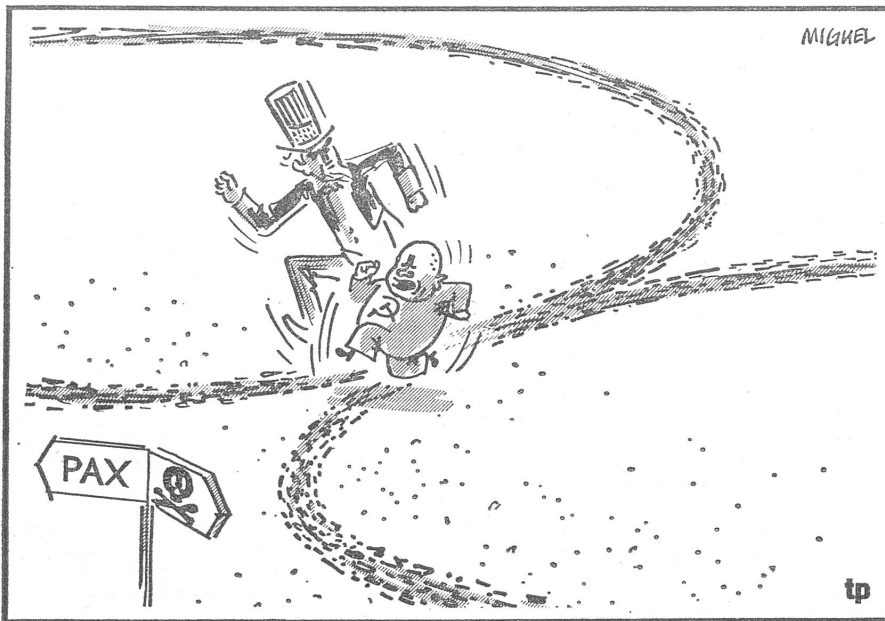
Ausweg: Neutralität

Am Horizont der internationalen Politik ballten sich gefahrdrohende Wolken. In Italien festigte Mussolini sein Regime, in Deutschland übernahm Hitler die Macht, die Demokratien wurden durch die Krise geschwächt. Die zunehmende internationale Spannung drohte in einen Krieg überzuführen. Einen Krieg jedoch, dem die Sowjetunion sich nicht mit absoluter Sicherheit entziehen konnte, musste sie zu verhindern oder hinauszuzögern versuchen. Zwar waren die Bolschewiki nicht absolute Gegner eines Krieges, von dem sie Vorteil und Nutzen erhofften. Ein neuer Krieg, so führte Stalin am XVII. Parteitag im Jahre 1934 aus,

«wird bestimmt die Revolution entfesseln, und die Existenz des Kapitalismus in einer Reihe von Ländern in Frage stellen, wie das im Laufe des ersten imperialistischen Krieges der Fall war... Man kann wohl kaum daran zweifeln, dass ein zweiter Krieg gegen die Sowjetunion zu einer völligen Niederlage der Angreifer, zur Revolution in einer Reihe von Ländern in Europa und Asien und zur Zerschmetterung der Bourgeois- und Gutsbesitzerregierungen dieser Länder führen wird.»

Und anlässlich des XVIII. Parteitages stellte Stalin im März 1939 fest:

«Die bürgerlichen Politiker wissen natürlich, dass der erste imperialistische Weltkrieg den Sieg der Revolution in einem der grössten Länder mit sich gebracht hat. Sie fürchten, der zweite imperialistische Weltkrieg könnte ebenfalls zum Siege der Revolution in einem oder in mehreren Ländern führen.»



Und zur Abwechslung immer wieder etwas Koexistenz.

Wenn die Sowjetunion, trotz dieser (wie die Erfahrungen der Nachkriegszeit erwiesen haben) richtigen Einschätzung der Vorteile eines Krieges, für den Frieden eintrat, so geschah es wegen der Unmöglichkeit, das eigene Land mit Sicherheit von einem Kriege fernzuhalten und wegen der unvorausehbaren Risiken, welche der Krieg für das Regime mit sich bringen musste. Daher der Versuch, den drohenden Krieg zu vermeiden. Das geschah durch die sogenannte Friedenspolitik. Hatte noch am 23. Dezember 1925 Tschitscherin gegenüber einem Korrespondenten der Berliner «Roten Fahne» erklärt, dass der Völkerbund ein Werkzeug des kapitalistischen Druckes gegen die schwachen und unterdrückten Staaten sei, eine drohende Waffe in den Händen der starken Staaten, ein Feind jeder wirklichen Friedenspolitik, so vollzog nun die Sowjetunion den Beitritt zu dieser Organisation. Das System der kollektiven Sicherheit und der internationalen Abrüstung wurde zum Hauptanliegen sowjetrussischer Aussenpolitik. Sie wurde am 17. Parteitag von Stalin definiert als

«eine Politik der Erhaltung des Friedens und der Verstärkung der Handelsbeziehungen mit allen Ländern ... Wir sind für den Frieden und verteidigen die Sache des Friedens ... Wer den Frieden will und sachliche Beziehungen mit uns anstrebt, wird stets bei uns Unterstützung finden.» Im berühmten Interview, das Stalin am 1. März 1936 dem amerikanischen Journalisten Roy Howard gewährte, beantwortete er dessen Frage nach der Vereinbarkeit einer parallelen Entwicklung der USA und der UdSSR folgendermassen: *«Die amerikanische Demokratie und das Sowjet-system können friedlich nebeneinander bestehen und miteinander wetteifern, aber die eine kann sich nicht in die andere entwickeln. Das Sowjet-system wächst nicht in die amerikanische Demokratie hinüber und umgekehrt. Wir können friedlich nebeneinander bestehen, wenn wir nicht wegen jeder Kleinigkeit miteinander Händel suchen werden.»*

Am 18. Parteitag definierte Stalin die vier Aufgaben der sowjetischen Aussenpolitik mit Frieden, Vorsicht, Wehrbereitschaft und Freundschaft.

In Verfolgung dieser Friedenspolitik scheute die Sowjetregierung vor wenigen Opfern zurück und erkaufte die Koexistenz wenn notwendig zu schweren Preisen. Der Fall der KP Deutschlands illustriert die rein utilitaristischen Beweggründe der sowjetrussischen Aussenpolitik. Nach dem Machtantritt des Nationalsozialismus wurde die KPD verboten und desorganisiert. Da die Sowjetunion an den Beziehungen zum offiziellen Deutschland mehr interessiert war als am Bestande der KPD, wurde die Bruderpartei geopfert. Am 29. Dezember 1933 schrieb Litwinow:

«Bestimmt haben wir unsere eigene Meinung über das deutsche Regime. Wir haben Mitgefühl für die Leiden unserer deutschen Genossen; aber man kann uns Marxisten am wenigsten vorwerfen, dass unsere Politik von unseren Sympathien bestimmt wird. Alle Welt weiss, dass wir mit kapitalistischen Regierungen aller Führungen, sogar der faschistischen, gute Beziehungen unterhalten. Auf das kommt es nicht an. Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands oder anderer Länder, und unsere Beziehungen zu Deutschland sind nicht durch seine Innen-, sondern Aussenpolitik bestimmt.»

Trotz Abrüstung und kollektiver Sicherheit konnte die Sowjetunion den Krieg nicht verhindern. Stalin täuschte sich in der Beurteilung der Lage; er überschätzte die Kräfte Frankreichs und unterschätzte die Kräfte Deutschlands. Um ein Gleichgewicht der beiden kontinentalen Hauptmächte herbeizuführen, schloss er im August 1939 mit Deutschland einen Vertrag und ermöglichte Hitler damit erst das Losschlagen. Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kam die zweite Periode der Koexistenz zum Abschluss. In dieser Zeit war die Sowjetunion nicht mehr primär von der kapitalistischen Welt abhängig. In Verfolgung ihrer Ziele war sie auf einen ungestörten Aufbau ihrer Wirtschaft angewiesen und musste deshalb danach trachten, den Status quo zu erhalten. Es ist dies die Periode der Koexistenz aus politischer Notwendigkeit.

Bedingungen der Koexistenz

Damit sind die beiden Beweggründe gezeigt, die einzeln oder in Verbindung die Sowjetführung zur Koexistenz als Politik gezwungen haben: wirtschaftliche Notwendigkeit mit der Förderung des Aussenhandels und politischer Notwendigkeit mit ständiger Bemühung zur Erhaltung des Friedens.

Gemäss theoretischer Ueberlegung und praktischer Nachprüfung war infolgedessen die Koexistenz an die folgenden drei Bedingungen gebunden:

1. Das Bestehen zweier Staatensysteme, wovon eines auf Weltbeherrschung drängt. Ist das nicht der Fall und strebt keines der Systeme nach der Vormachtstellung, so herrscht ipso facto Koexistenz, und das Problem ist nicht gestellt.
2. Die Unfähigkeit des aggressiven Systems, die Weltherrschaft sofort zu übernehmen.
3. Die Notwendigkeit für dieses System, mit dem andern System zur Vorbereitung der späteren Weltherrschaft zusammenzuarbeiten. Diese Notwendigkeit kann wirtschaftlicher oder politischer Natur sein. Besteht die Notwendigkeit irgendwelcher Zusammenarbeit nicht, so ist der Zustand der faktischen Zwei-

teilung der Welt ohne Kommunikationswillen oder -möglichkeit geben.

Nach Abschluss des Zweiten Weltkrieges gab es zunächst eine Verlängerung der politischen Linie der Zwischenkriegszeit: wirtschaftliche Autarkie und bewusste Abkapselung der nun bestehenden Staatengruppe unter Moskauer Führung von der nichtkommunistischen Umwelt, begleitet von einer intensiven Friedenspropaganda, wie sie 1949 mit dem Stockholmer Appell ausgelöst wurde.

Dafür waren machtpolitische Gründe massgebend. Nach der enormen Kriegsanstrengung war die Sowjetunion im Jahre 1945 nicht in der Lage, den Krieg gegen den Faschismus in einen Krieg gegen die Demokratien zu verlängern. Dagegen wäre es, vom militärischen Potential ausgehend, nicht ausgeschlossen gewesen, dass die Demokratien zusammen mit den entnazifizierten Achsenmächten gegen die Sowjetunion Front gemacht hätten: Die Atombombe war vorerst alleiniger Besitz der USA. Es galt für die Sowjetunion vor allem, einen Krieg überhaupt zu verhindern, um die gewonnenen Gebiete politisch zu konsolidieren und sich für die nächste Phase vorzubereiten.

Die nächste, dritte Phase der sowjetischen Koexistenzpolitik setzte 1951, noch unter Stalin ein. Damals war innerhalb der Sowjetführung ein sich über längere Zeit erstreckender Prozess der Meinungsbildung abgeschlossen. Er hatte dieser Führung mehrere Erkenntnisse aufgedrängt:

1. Die heisse Revolutionierung in Osteuropa (Unterstellung der Satelliten, Angriff gegen Griechenland und West-Berlin) hatte unüberwindliche Gegnerschaft geweckt.
2. Aus dieser Gegnerschaft entstanden Institutionen (Marshall-Plan, NATO und weitere Bündnisse), die dauerhaften Charakter annahmen und den Westen absolut stärken konnten. Daraus drohte das zu erwachsen, was 1954 — nicht zuletzt als Folge einer geänderten sowjetischen Politik — als Europäische Verteidigungsgemeinschaft denn auch tatsächlich gescheitert ist.

(Fortsetzung auf Seite 14)

Mao gegen Koexistenz

Wir müssen dem Gegner Augen und Ohren äusserst gründlich verkleistern, damit er blind und taub wird.

(«Ueber den langandauernden Krieg»)

Das kommunistische China wird die Menschheit über den letzten, den furchtbarsten der furchtbaren Kriege in das Ta tung (immerwährender Friede auf Erden) leiten. (1957)

Armut scheint nur auf den ersten Blick ein Uebel. Tatsächlich ist sie ein glücklicher Umstand, denn ein armes Volk strebt nach Veränderung, wünscht zu arbeiten und Revolution zu machen. (1958)

Mag der kommende nukleare Krieg die chinesische Nation um 200 oder 300 Millionen an Zahl geringer machen. Weitere Hunderte Millionen Chinesen werden den Dritten Weltkrieg überleben und das kommunistische Ta tung (immerwährender Friede auf Erden) erreichen. (1962)

Breschnew über Koexistenz

Während wir die aggressive Politik des Imperialismus anprangern, verfolgen wir zugleich konsequent und unabänderlich den Kurs auf die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. (1966)

Selbstverständlich ist eine friedliche Koexistenz dort unmöglich, wo es sich um innere Prozesse des Klassenkampfes oder des nationalen Befreiungskampfes in den kapitalistischen Ländern oder in den Kolonien handelt. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz lässt sich auf die Beziehungen zwischen Unterdrückten und Unterdrückten, zwischen Kolonialherren und Opfern des Kolonialjochs nicht anwenden. (1966)

Der Kampf für den Frieden ist für uns auch heute eine Aufgabe, die einen tiefen revolutionären Klasseninhalt hat; denn für den Frieden kämpfen bedeutet, die militantesten, aggressivsten Kreise der imperialistischen Bourgeoisie zu isolieren, die öffentliche Meinung gegen sie zu kehren und ihre volksfeindlichen Pläne zu vereiteln. (1967)

3. Die wirtschaftliche Isolierung vom Westen hatte der Sowjetunion nur Nachteile eingebracht und drohte, ihren Anschluss an den technischen Aufschwung in Frage zu stellen.

Somit ergab sich die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Seit 1951 nimmt denn auch der Westhandel der kommunistischen Staaten zu. Somit ergab sich aber auch die Notwendigkeit, die Aggression im Dienste der hegemonialen Ziele der Sowjetunion umzustrukturieren.

Das bedeutete, dass die offensiven Ziele nicht auf der militärischen, sondern nunmehr auf der politischen Ebene der Subversion weiterverfolgt werden sollten. Dies in der klaren Erkenntnis des Paradoxes, dass die Diktatur mit ihrer Kriegswirtschaft im Frieden am stärksten ist, während die Demokratie mit ihrer Friedenswirtschaft erst im Krieg ihre Stärke findet (die Demokratien verlieren die Schlachten, gewinnen aber den Krieg).

Koexistenz heute

Was friedliche Koexistenz in sowjetischer Sicht ist, kann am besten mit einem Zitat aus der «Mitteilung über die Beratung von Vertretern der (81) kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau» vom November 1960 belegt werden:

«Der Kurs auf friedliche Koexistenz bedeutet Mobilisierung der Massen; tatkräftige Aktionen gegen die Feinde des Friedens. Friedliche Koexistenz der Staaten bedeutet im Gegensatz zu den Behauptungen der Revisionisten keineswegs Verzicht auf den Klassenkampf. Die Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Bei friedlicher Koexistenz entstehen günstige Möglichkeiten zur Entfaltung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Län-

dem und der nationalen Befreiungsbewegung der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern ... Friedliche Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme bedeutet keine Versöhnung der sozialistischen mit der bürgerlichen Ideologie. Sie setzt vielmehr einen verstärkten Kampf der Arbeiterklasse und aller kommunistischen Parteien für den Triumph der sozialistischen Ideen voraus. Ideologischer und politischer Streit zwischen Staaten darf jedoch nicht durch Krieg ausgetragen werden.»

Es führt eine direkte Linie von dieser Erklärung zu jener der «Internationalen Beratung kommunistischer und Arbeiterparteien», die Mitte Juni 1969 in Moskau stattfand. Aus dieser Erklärung wird zitiert (Sperrung von uns):

«Die Politik der friedlichen Koexistenz wirkt den Versuchen des Imperialismus entgegen, seine inneren Widersprüche durch die Verschärfung der internationalen Spannung durch das Schüren von Kriegsherden zu überwinden. Diese Politik bedeutet weder die Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse noch eine Abschwächung des ideologischen Kampfes. Sie trägt zur Entwicklung des Klassenkampfes gegen den Imperialismus in nationalen und internationalen Massstab bei. Das unveräusserliche, unbestreitbare Recht und die Pflicht der Werktätigen und ihrer kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern ist der entschlossene Klassenkampf für die Beseitigung der Monopole und deren Macht, für die Durchsetzung einer wirklich demokratischen Ordnung und für die Errichtung der sozialistischen Macht, gleich auf welchem Wege.»

«Gleich auf welchem Wege»: damit ist das Signal weiterhin frei für Subversion und, womöglich, innere Aggression, geschürt und gelenkt durch kommunistische Agenten.

Sichtbar wird mit aller Deutlichkeit, dass die «friedliche Koexistenz» das alte Ziel der sowjetrussischen Vorherrschaft mit den neuen Mitteln verstärkter Subversion anpeilt. Nach wie vor bestehen zwei Staatengruppen, deren eine auf Weltbeherrschung abzielt. Bis heute ist die Sowjetführung nie, auch nicht während Chruschtschews Tauwetter, von diesem Ziel abgewichen, weder in der Praxis noch in der Theorie, weder ausdrücklich noch stillschweigend. Noch ist die Sowjetunion nicht in der Lage, dieses Ziel unmittelbar, unter Einsatz militärischer Bedrohung, anzustreben. Allerdings könnte die wachsende Militärmacht der Sowjetunion diese Voraussetzungen dramatisch verschieben, rascher als den meisten lieb ist. Mehr denn je sucht die Sowjetunion eine «Zusammenarbeit» mit dem Westen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen. Die Subversion, diese neue Weise der Auseinandersetzung, setzt möglichst vielfältige Kontakte voraus, weil sie sich so besser tarnen lässt. Soll daher ein Nein zur friedlichen Koexistenz gefordert werden? Nichts wäre falscher als das. Nichts wäre gefährlicher, als unsererseits einen Eisernen Vorhang herabzulassen. Das bedeutet aber keineswegs, dass die Initiative den sowjetischen Herausforderern überlassen bleiben darf. Auch das wäre ein folgenschwerer Fehler. Die Alternative zum Nein ist das qualifizierte Ja.

Die Herausforderung anzunehmen bedeutet daher, eine westliche Politik hoher Beweglichkeit führen zu lernen. Dazu nur die eine Illustration. Der Taxichauffeur, der im New-Yorker Verkehr rascher vorankommen will, muss mit höchster Beweglichkeit von Fahrspur zu Fahrspur wechseln und eine freie Lücke wahrnehmen, wo immer sie sich bietet. Das ist die Aufgabe, die sich den westlichen Staatsmännern stellt, eine Aufgabe, der sie sich erfolgreich nur in gemeinsamer Anstrengung entledigen können.

Dichtung und Wahrheit

Die nachfolgenden Zitate aus dem am 17. Juni angenommenen Hauptdokument der «Internationalen Beratung kommunistischer und Arbeiterparteien» versehen wir mit einem kurzen Kommentar.

*

«Die Verteidigung des Friedens ist untrennbar mit dem Kampf verbunden, die Imperialisten zur friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu zwingen.»

Mit «Imperialisten» sind die Westmächte gemeint, obwohl der westliche Kolonialismus und Imperialismus abgestorben ist, während der kommunistische Imperialismus Urständ feiert. Zur friedlichen Koexistenz müssen die Westmächte nicht «gezwungen» werden; sie haben seit Ende des Zweiten Weltkrieges keinen Krieg angefangen, keine Aggression vollzogen und keine Gebiete annektiert.

✱

«Friedliche Koexistenz erfordert, die Prinzipien der Souveränität, Gleichberechtigung, territorialen Integrität eines jeden Staates, ob gross oder klein, zu

respektieren, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen und das Recht aller Völker auf freie Entscheidung der Frage ihrer sozialökonomischen und politischen Ordnung zu achten, die Lösung strittiger internationaler Fragen auf politischem Weg, durch Verhandlungen zu gewährleisten.»

Diesem Text wird jeder sachlich denkende Mensch zustimmen. Er umschreibt ja auch die Grundlage westlicher Politik. Als Massstab genommen zeigt sich indessen, dass die Sowjetunion und China als die beiden Hauptmächte des kommunistischen Lagers diese Erklärung verhöhnt haben: 1950 in Korea, 1953 in der DDR, seit 1954 in Vietnam, 1956 in Ungarn und Polen, 1959 in Tibet, 1960 in Kuba, 1968 in der Tschechoslowakei. Dass weitere Verletzungen unterblieben sind, ist einzig dem andernorts lückellos intakten Machtapparat der kommunistischen Partei zu verdanken gewesen. Im übrigen wird die zitierte Erklärung durch die Breschnew-Doktrin der beschränkten Souveränität völlig aufgehoben.

✱

«Die Politik der friedlichen Koexistenz widerspricht nicht dem Recht der unterdrückten Völker, im Kampf um ihre Befreiung die Mittel anzuwenden, die sie für notwendig erachten, den bewaffneten oder nichtbewaffneten Weg zu beschreiten.»

Dieses Recht auf Befreiung auf bewaffnetem oder nichtbewaffnetem Weg wird hier mit den ehemali-

gen Kolonialvölkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas jenen Völkern grosszügig zubilligt, die dieses Recht schon haben. Das gleiche Recht wird den kommunistischen Kolonien (Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Ostdeutschland, Bulgarien, Rumänien, Albanien, Nordkorea, Nordvietnam) aber verweigert.

✱

«Ebenso unbestritten ist das unveräusserliche Recht jedes Volkes auf militärische Verteidigung gegen die Anschläge der imperialistischen Aggression und auf die Unterstützung anderer Völker in diesem gerechten Kampf.»

Damit steht auch gemäss Moskauer Auffassung fest, dass Südvietnam zur militärischen Verteidigung gegenüber den nordvietnamesischen Aggressoren berechtigt war und ist. (Zur Erinnerung: Nordvietnam erhebt einen Herrschaftsanspruch auf Südvietnam, Südvietnam erhebt keinen Herrschaftsanspruch auf Nordvietnam.) Damit steht weiter fest, dass die USA berechtigt waren und sind, Südvietnam in diesem gerechten Kampf zu unterstützen. Damit steht schliesslich fest, dass der Westen auch zur militärischen Unterstützung der Tschechoslowakei am 21. August 1968 berechtigt gewesen wäre. Was allerdings nicht feststeht, das ist eine sowjetische Berechtigung zur Intervention gegen die Tschechoslowakei (oder gegen Ungarn und die DDR). Denn diese Völker wollten in ihrer übergrossen Mehrheit sich gegen die sowjetischen Aggressoren verteidigen.